

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Karl-Josef Laumann, Dagmar Wöhl, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Alexander Dobrindt, Ingrid Fischbach, Dr. Reinhard Göhner, Robert Hochbaum, Dr. Martina Krogmann, Dr. Hermann Kues, Wolfgang Meckelburg, Laurenz Meyer (Hamm), Dr. Joachim Pfeiffer, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Franz Romer, Hartmut Schauerte, Johannes Singhammer, Max Straubinger und der Fraktion der CDU/CSU

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
– Drucksachen 15/25, 15/77 –**

Entwurf eines Ersten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die wirtschaftliche Situation in Deutschland verschlechtert sich zusehends. Dabei hat nicht nur die sich abzeichnende Rezession gravierende Auswirkungen auf die Situation am Arbeitsmarkt. Auch umgekehrt führt die zunehmende Regulierung des Arbeitsmarktes zur Erlahmung der wirtschaftlichen Kräfte und des unternehmerischen Engagements. Überreglementierungen erweisen sich zunehmend als Hindernis für Einstellungen und Existenzgründungen.

Ziel muss es sein, die wirtschafts-, finanz-, sozial- und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen auf die Förderung von Beschäftigung auszurichten. Nur wenn Beschäftigungshürden abgebaut und Unternehmergeist gefördert wird, kann es gelingen, den Arbeitsmarkt zu beleben. Bestandteil einer solchen Politik ist die Beseitigung der Hemmnisse für Existenzgründungen, die durch die Regelungen zur sog. Scheinselbständigkeit seit dem 1. Januar 1999 gelten.

Die derzeitige Beweislastverteilung kann im Ergebnis dazu führen, dass eine materiell selbständige Tätigkeit sozialversicherungsrechtlich als unselbständige Tätigkeit gilt. Dies ist rechtsstaatlich bedenklich. Die Beweislastumkehr verschiebt das Risiko der Nichtaufklärbarkeit damit unangemessen auf den Bürger und widerspricht damit dem Geist der Grundrechte der Verfassung (in dubio pro libertate).

Die Regelungen zur Scheinselbständigkeit haben gravierende arbeitsmarktpolitische Auswirkungen: Sie hindern das Entstehen selbständiger Tätigkeit und vernichten bereits bestehende selbständige Existenzen. Letztendlich erodiert damit auch die unselbständige Tätigkeit, denn diese setzt die Bereitschaft von Bürgern voraus, das Wagnis und die Last einer selbständigen Tätigkeit einzugehen. Die Regelungen sind deshalb unter Wahrung des notwendigen Vertrauensschutzes aufzuheben.

Die Abschaffung bewirkt eine angemessene Abgrenzung zwischen der Sphäre der sozialrechtlichen Absicherung auf der einen Seite und der unternehmerischen Entfaltung, aber auch des unternehmerischen Risikos auf der anderen Seite. Im Gegensatz zum sog. Hartz-Konzept, das mit dem Kunstgeschöpf der „Ich-AG“ auf massive Subventionen setzt (drei Jahre Zuschüsse durch das Arbeitsamt, privilegierte Besteuerung mit nur 10 %, vollständige Umsatzsteuerbefreiung, steuerliche Abzugsfähigkeit bei Inanspruchnahme von Leistungen einer „Ich-AG“ für Privathaushalte), wird mit dem vorliegenden Entschließungsantrag die echte Selbständigkeit gefördert und nicht ein künstlicher Arbeitsmarkt konstruiert, der ohne die massiven Subventionierungen nicht existieren könnte.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die Regelungen zur so genannten Scheinselbstständigkeit, wie sie durch das Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte vom 19. Dezember 1998 und durch das Gesetz zur Förderung der Selbständigkeit vom 20. Dezember 1999 eingeführt wurden, wieder zurückzunehmen und durch solche zu ersetzen, die zu einer angemessenen Abgrenzung zwischen der Sphäre der sozialrechtlichen Absicherung auf der einen Seite und der unternehmerischen Entfaltung, aber auch des unternehmerischen Risikos, auf der anderen Seite führen.

Berlin, den 13. November 2002

Karl-Josef Laumann
Dagmar Wöhrl
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Alexander Dobrindt
Ingrid Fischbach
Dr. Reinhard Göhner
Robert Hochbaum
Dr. Martina Krogmann
Dr. Hermann Kues
Wolfgang Meckelburg
Laurenz Meyer (Hamm)
Dr. Joachim Pfeiffer
Hans-Peter Repnik
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Hartmut Schauerte
Johannes Singhammer
Max Straubinger
Dr. Angela Merkel. Michael Glos und Fraktion